



Urlaub muss sein

Die Reisebranche kann sich auf ihre treuen Kunden verlassen Seite 14

5 Minuten Physik

Was die Solarzelle vom Leuchtturm lernte Seite 27

ZIPPERT zapft

Patienten bemängeln, dass der Arzt sie selten über Behandlungsalternativen aufklären würde und nie nach ihrer Meinung frage. Das ergab eine Untersuchung der Techniker Krankenkasse. Ab dem nächsten Quartal wird ein Besuch beim Arzt deshalb so ablaufen: Zunächst fragt der Doktor den Patienten ausgiebig nach seiner Meinung; ob es ein Fehler war, Wulff zum Präsidenten zu machen, ob Karstadt auf einem guten Weg ist und ob man auf Ballack in Zukunft verzichten sollte. Dann könnte der Arzt den Patienten noch fragen, ob er sich lieber einen Porsche Cayenne oder einen Fiat Panda kaufen sollte, und der Patient darf seine Meinung freimütig äußern. Zum Schluss fragt der Arzt den Patienten nach seiner Meinung über die eigene Krankheit, und der Patient sagt, dass er gerne eine Magenverstimmung hätte, und der Arzt kontert, er würde Herzinfarkt diagnostizieren, und zum Schluss einigt man sich auf Ischias. Jetzt bietet der Arzt noch verschiedene Behandlungsmöglichkeiten an: Tabletten, Tropfen, Zäpfchen, Salbe, Spritzen, Chemotherapie, Gnadenschuss oder Hand-aufhalten, und der Patient entscheidet sich für Akupunktur am offenen Herzen.

NACHRICHTEN

BGH erlaubt Selektion künstlich befruchteter Ei-Zellen

Bei Paaren mit einer Veranlagung zu schweren Erbschäden dürfen Ärzte künftig im Reagenzglas befruchtete Eizellen auf Genschäden untersuchen und nur die gesunden Zellen für eine künstliche Befruchtung auswählen. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden. So dürfen Embryonen mit einem Gendefekt verworfen werden. Der 5. Strafsenat erlaubte damit die sogenannte Präimplantationsdiagnostik (PID), weil sie bei den Betroffenen die Zahl der Abtreibungen schwerstbehinderter Kinder vermindert. *Kommentar Seite 6, Berichte Seiten 4 und 27*

NRW: Koalitionsvertrag steht

SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Die Minderheitsregierung plant unter anderem Rekordschulden in Milliardenhöhe. In der NRW-CDU wurde der scheidende Arbeitsminister Karl-Josef Laumann zum neuen Fraktionschef gewählt. *Seite 4, Kommentar Seite 6*

Sarkozy und das Schwarzgeld

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy soll seinen Wahlkampf teilweise mit Schwarzgeld der Multimilliardärin Liliane Bettencourt finanziert haben, behauptet Bettencourts Buchhalterin Claire T. im Polizeiverhör. *Bericht Seite 5*

Dax nimmt Anlauf auf 6000

Gute Prognosen der Unternehmen haben dem Dax Schwung verliehen. Der Leitindex kletterte über 5900 Punkte. *Seite 17*

DAX	EURO	DOW
Schluss	EZB-Kurs	21:00 Uhr
5940,98 Punkte	1,2579	9686,41 Punkte
+2,15%	+0,38%	0,00%

WELT ONLINE

Nachrichten rund um die Uhr – schnell und aktuell.

Ein Minister muss frühstücken. Aber muss das 4500 Dollar kosten? Und muss ein Mensch in 20 Tagen 97 Mal frühstücken? Diese Fragen muss der russische Sportminister jetzt beantworten. WELT-Korrespondent Manfred Quiring berichtet auf der iPad- und iPhone-App der WELT. Die App können Sie herunterladen unter app-store.de

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/weltonline
Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/weltonline

Mit Pressing ins Finale



Made in Spain

Made in Germany

Überall auf der Welt wird das kreative deutsche Spiel bei dieser Fußball-WM gelobt. Da wollen die Fans nicht zurückstehen. Im Internet kursieren seit Tagen witzige

Fotomontagen zu den deutschen Gegnern. Nachdem das argentinische Steak weggeputzt wurde, ist heute Abend (20.30 Uhr) die spanische Orange dran. Falls

es gegen Spanien klappt, warten im Finale die Niederländer – das Team gewann gegen Uruguay mit 3:2. *Das Spiel gegen Spanien auf den Seiten 3, 8 und 23 bis 26*

Mehr Geld und mehr Freiheit für Krankenkassen

Gesundheitsreform steht – Versicherungen können Höhe der Zusatzbeiträge selbst festlegen

Von Philipp Neumann

BERLIN – Union und FDP haben sich auf eine Gesundheitsreform geeinigt. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) stellte die Pläne gestern vor. Danach wird das für 2011 erwartete Finanzloch der gesetzlichen Krankenkassen dadurch gefüllt, dass Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Rentner ab Januar einen höheren Krankenkassenbeitrag zahlen. Daneben gibt es Einsparungen im Gesundheitssystem. Ab 2012 sollen vor allem Arbeitnehmer und Rentner für die steigenden Gesundheitskosten aufkommen. Die Bundesregierung will außerdem regelmäßig noch mehr Steuergeld aus dem Bundeshaushalt an die Krankenkassen überweisen.

„Es ist uns gelungen, das Defizit der Krankenkassen im Jahr 2011 auszugleichen und einen Einstieg in ein dauerhaft tragfähiges Finanzsystem zu schaffen“, sagte Rösler. „Wir können alle zufrieden sein. Es ist genau das, was wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen hatten.“ Die Opposition und Gewerkschaften übten scharfe Kritik und warfen der Koalition Wortbruch vor. Die Arbeitgeber

nannten Röslers Pläne „enttäuschend“, der Krankenkassenverband reagierte zurückhaltend.

Im koalitionsinternen Machtpoker sieht sich der Minister als Gewinner. Seine Pläne, die von den Koalitionsfraktionen abgesegnet wurden und heute vom Bundeskabinett gebilligt werden sollen, entsprechen in weiten Teilen seinem ersten Reformvorschlag. Diesen lehnte die CSU noch ab. Offenbar konnte CSU-Chef Horst Seehofer von den Parteivorsitzenden von CDU und FDP, Angela Merkel und Guido

Westerwelle, umgestimmt werden, um das Ansehen der Koalition nicht weiter zu beschädigen.

Im Jahr 2011 werden den Krankenkassen etwa elf Milliarden Euro fehlen. Zwei Milliarden davon werden durch einen einmaligen Steuerzuschuss ausgeglichen. Drei bis vier Milliarden Euro sollen über Einsparungen eingesammelt werden (siehe Kasten). Die Hälfte davon trägt die Pharmabranche. Die Ärzte konnten eine Nullrunde abwenden. Ihr Honorar steigt weniger stark, aber immer noch um 1,2 Milliarden Euro.

Weitere sechs Milliarden Euro sammelt die Koalition ein, indem sie den einheitlichen Kassenbeitrag anhebt. Er steigt von jetzt 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent vom Bruttolohn. Damit ist das Niveau von vor einem Jahr erreicht. Dementsprechend gesenkt werden, um die Wirtschaftskrise abzufedern. Die Arbeitgeber zahlen künftig 7,3 Prozent, Arbeitnehmer und Rentner 8,2 Prozent. An diesem Wert soll sich nichts mehr ändern. Alle Kostensteigerungen würden dann in den nächsten Jahren durch einen Zusatzbeitrag ge-

deckt, den alle Krankenkassen von ihren Mitgliedern verlangen sollen. Dabei handelt es sich um die „Kopfpauschale“, die CDU und FDP einführen wollten.

Wie hoch der Zusatzbeitrag ist, soll jede Kasse selbst entscheiden, anders als bisher ist die Höhe nicht begrenzt. Der Betrag muss in Euro und Cent ausgewiesen werden. Alle Kassenmitglieder müssen ihn immer zahlen. Beitragszahler, deren Zusatzbeitrag höher ist als zwei Prozent ihres Monatsbrutto, bekommen aber einen Sozialausgleich. Dieser soll so funktionieren: Der Arbeitgeber oder die Rentenversicherung zieht nicht den vollen Kassenbeitrag von 8,2 Prozent vom Monatsbrutto ab, sondern einen ermäßigten Kassenbeitrag. Dessen Höhe wird individuell berechnet. Die Einnahmeausfälle der Krankenkasse werden durch Steuergeld ausgeglichen. Rösler sagte, der durchschnittliche Zusatzbeitrag werde bis 2014 nicht mehr als 16 Euro monatlich betragen. Der Sozialausgleich koste weniger als eine Milliarde Euro pro Jahr.

Siehe Kommentar Seite 2: Interview

Hier soll gespart werden

■ Über das bereits beschlossene **Arzneimittelsparpaket** will die Koalition 1,5 bis zwei Milliarden Euro einsammeln. Es sieht Zwangsrabatte und Preisverhandlungen zwischen Kassen und Pharmaherstellern vor. Impfstoffe sollen billiger werden.

■ Die Verwaltungskosten der **Krankenkassen** dürfen in den nächsten beiden Jahren nicht steigen. Das soll 300 Millionen Euro sparen.

■ **Krankenhäuser** sollen 500 bis 600 Millionen Euro sparen. Unter anderem dürfen ihre Ausgaben weniger stark steigen als bisher verabredet.

■ **Niedergelassene Ärzte** sollen nicht 2,6 Milliarden Euro mehr Honorar bekommen, sondern nur noch einen Zuwachs von rund 1,2 Milliarden Euro.

■ Die Honorare von **Zahnärzten** sollen weniger stark steigen. Ersparnis: 50 Millionen Euro.

■ Neue Verträge zwischen Krankenkassen und dem Verband der **Hausärzte** sollen billiger werden. Die Vergütung soll sich an den Honoraren der regulären Versorgung orientieren. Dadurch sollen zunächst 500 Millionen Euro, später bis zu einer Milliarde Euro gespart werden. *phn*

Koscher ist in

Neuer Trend in den USA – Rabbiner wachen über die Herstellung

Von Alexandra Kilian

20 Milliarden Hotdogs verschlingen die Amerikaner jedes Jahr – mehr als jede andere Nation auf der Welt. Knackige Schweinswurst zwischen trockenen Brötchenhälften, eingematscht mit Ketchup, Senf und Röstzwiebeln – ein Leibgericht auf Amerikanisch.

Nun auch auf Hebräisch? Denn der neue Trend heißt: Koscher ist in. Nach jüdischen Speisegesetzen kann damit die Art der Produkte und ebenso deren Zubereitung gemeint sein. Ungeschächtetes, nicht vollständig ausgeblu-

tetes Fleisch sowie Schwein ist zum Beispiel nicht zum Verzehr geeignet, also „nicht koscher“. Ebenso dürfen Milch- und Fleischspeisen nicht gleichzeitig angerichtet werden. In der Lebensmittelproduktion achtet ein Rabbiner auf die koschere Herstellung.

Ein teures Verfahren, für das viele Amerikaner dennoch bereit sind zu zahlen. Koschere Lebensmittel bilden das am stärksten wachsende Segment der amerikanischen Nahrungsmittelindustrie, wie Sue Fishkoff in ihrem Buch „Kosher Nation“ schreibt. Teilweise ist schon die Hälfte aller Lebensmittel in amerikanischen Supermärkten koscher-zertifiziert.

500 Milliarden Dollar erlöst die US-Nahrungsmittelindustrie, schon 200 Milliarden Dollar kommen von koscheren Produkten, mehr als aus dem Biosegment. Und vor allem

mehr, als die in Amerika lebenden Juden mit einem Bevölkerungsanteil von weniger als zwei Prozent konsumieren könnten.

Die Mehrheit der US-Bevölkerung glaubt, dass nach religiösen Regeln zubereitetes Fleisch sicherer und gesünder sei als unkoschere Produkte. So könnte der Hotdog der Zukunft vielleicht auch bald in Deutschland aus Rinderwurst, Ketchup und Senf ohne Konservierungsmittel, aus in Pflanzenöl angebratenen Röstzwiebeln und aus mit Salz, Mehl und Wasser gebackenen Brötchen bestehen. Ein Hotdog auf Hebräisch.



LUMIX DMC-GH1
CASHBACK 200 EURO!
20.05.2010 BIS 31.07.2010

Mehr Informationen unter: www.panasonic.de/GH1-aktion

Axel Springer 24-Stunden-Service:
01805 6 300 30
(14ct/Min. aus dt. Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min.)
welt.de
kostenlos probierbar:
Tel. 0800 / 935 85 37
E-Mail: redaktion@welt.de
Fax 0800 / 935 87 37

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410
Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Redaktion: Tel. 030/25910, Fax 030/259171606, E-Mail: redaktion@welt.de; Anzeigen: 030/585890, Fax 030/585891, E-Mail: anzeigen@welt.de
Leserservice: DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin, Tel. 0800/9 35 85 37, Fax 0800/9 35 87 37, E-Mail: leser@welt.de
B 2,70 € / 90 csk / 25 dkr / P 2,70 € (Cont.) / F 2,70 € / 735 Ft / GR 3,00 € / CYP 3,20 € / NL 2,70 € / E/LC 2,70 € / 24 KN / 1,270 € / L 2,70 € / 38 skr / E 2,70 € / A 2,70 € / 270 GBP / FIN 3,20 € / IRL 3,20 € / 13 PLN / 42 SEK / 4,80 skr / SLO 2,70 € / SKK 3,20 € - 96,50 SKK / TD 4,70 / MLT 3,20 €

ISSN 0173-8437 155-27 ZKZ 7109



Der WELT KOMPAKT Digital Reportage Award, präsentiert von LUMIX.
www.welt.de/digitalaward

Panasonic
ideas for life